

Kleine Anfrage 754

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Hintergrund zur Ausübung des Vorkaufsrechts durch das Landesamt für Umwelt bezogen auf die Flurstücke 330, 344, Flur 1 der Gemarkung Sophienstädt

Mit Bescheid vom 09.10.2019 übte das Landesamt für Umwelt Vorkaufsrechte bezüglich Flurstücken der Gemarkung Sophienstädt aus. Das Vorkaufsrecht wurde zu Gunsten der Stiftung Pro Artenvielfalt ausgeübt und mit § 26 Abs. 1 BbgNatSchAG begründet. Im Widerspruchsverfahren stellte das Landesamt für Umwelt fest, dass bezogen auf eines der Flurstücke der Gemarkung Sophienstädt die Voraussetzungen zur Ausübung des Vorkaufsrechts nicht vorlagen und hob den Bescheid zur Ausübung des Vorkaufsrechts hinsichtlich dieses Flurstücks auf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit das Landesamt für Umwelt das Vorkaufsrecht gestützt auf § 26 Abs. 1 BbgNatSchAG ausüben kann?
2. Welche Flächen (Anzahl der Teilflächen samt Größe) umfasst die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 26 BbgNatSchAG durch das Landesamt für Umwelt in den Jahren 2015 bis 2020?
3. Wurden bereits in der Vergangenheit Vorkaufsrechte zu Gunsten der Stiftung Pro Artenvielfalt ausgeübt? Wenn ja, wie viel m² sind davon betroffen und welche Erfahrungen gibt es bei der Umsetzung der einzelnen Projekte der Stiftung?
4. Was bewegte das Landesamt für Umwelt in dem konkreten Sachverhalt dazu, sein Vorkaufsrecht auszuüben?
5. Welche konkreten Projekte möchte die Stiftung Pro Artenvielfalt auf den durch das Vorkaufsrecht geltend gemachten Grundstücken durchführen?
6. Die Umsetzung der Naturschutzprojekte soll in enger Abstimmung mit der Verwaltung des Naturparks Barnim erfolgen. Welche Konzepte gibt es für die Abstimmung mit der Stiftung Pro Artenvielfalt?

7. Weshalb wurde seitens des Landesamts für Umwelt zunächst davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen zur Ausübung des Vorkaufsrechts auch bezogen auf das andere Flurstück vorliegen würden?